

befinden, wie früher, die in Folge der Krisis tiefer in Noth und Elend gerathen sind, einer Entlastung derselben zuzustimmen.

Unser Antrag ist keine Unmöglichkeit, unser Antrag enthält keine unbillige Forderung; unser Antrag will eine Entlastung, die besser wirkt, als vielleicht die Einkommensteuerrevision, die Sie ja nun ebenfalls anregen, gedrängt von den Verhältnissen, wie sie durch die wirthschaftliche Krisis entstanden sind.

Es ist noch Eins besonders hervorzuheben. Vor zwei Jahren habe ich aus einem Berichte der Verwaltung der Stadt Dresden darauf hingewiesen, wie gerade die Schulgeldreste viele Pfändungen der Armen veranlassen, den Executor in das Haus der Armen führen. Es wäre angemessen, einmal im ganzen Lande nachzuforschen, wie viele solcher Executionen in Folge der Nichtbezahlung der Schulgelder stattfinden. Es würde das ein grelles Schlaglicht werfen auf die Schulverhältnisse und es würde jedenfalls, wenn man dabei sorgsam zu Werke ginge, eine verhältnißmäßig weit höhere Zahl von Executionen dieser Art, als von der städtischen Verwaltung in Dresden damals constatirt worden ist, im ganzen Lande festzustellen sein. Es ist das ein Beweis dafür, daß das Schulgeld eine drückende Last ist; es ist ein Beweis, daß man etwas zu thun hat, um den Armen die Last, welche die Schulerziehung mit sich bringt, abzunehmen.

Ich glaube kaum noch einmal auf den Einwand eingehen zu müssen, der in früheren Jahren erhoben worden ist, daß Jedem die moralische Verpflichtung obliege, für seine Kinder auch das Schulgeld aufzubringen; ich glaube kaum, daß Jemand heute noch diesen Grundsatz wird aufrecht erhalten wollen.

(Widerspruch rechts.)

Der Herr Abg. von Dehlschlägel will diesen Grundsatz aufrecht erhalten.

(Abg. von Dehlschlägel: Ja!)

Ich weise ihn nur darauf hin, daß, während Sie diese moralische Verpflichtung als Grundsatz festhalten wollen, man in preussischen Regierungskreisen, auch in den Kreisen der Conservativen, die sich jetzt mit diesem Gesetze ausgesöhnt haben, die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts jetzt nicht mehr bekämpft und einen solchen Einwand nicht mehr erhebt.

Wir haben aber nicht nur die Entlastung der ärmeren Classen bei unserem Antrage im Auge, wir haben auch einen höheren Zweck im Auge. Jedenfalls wird mit diesem unserem Antrage eine Erhöhung des Bildungsstandes im Allgemeinen herbeigeführt. Sicher ist, daß,

wenn der Schulunterricht unentgeltlich geleistet wird, der Classenunterschied später fortfällt, der heute noch in unserem Schulwesen besteht. Die Classificirung der Schulen von heute kann in Zukunft nicht mehr bestehen, wenn wir einmal mit der Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts den Anfang gemacht haben, eine Reform unseres Schulwesens herbeizuführen.

Diese Classificirung der Schule ist eigentlich nichts Anderes, als eine Förderung der Classengegensätze. Sie haben oft geklagt, daß die Classengegensätze in der heutigen Gesellschaft sich zuspitzen, Sie haben oft vorwurfsvoll uns gegenüber erklärt, wir wären es, die den Classenhaß schürten. Nichts ist aber mehr geeignet, diese Classengegensätze zuzuspitzen, als wenn die Kinder der Armen geschieden sind von den Kindern der Wohlhabenden und in der Schule schon das drückende Gefühl empfangen, daß sie zu Menschen zweiter Classe eigentlich gehören. (Widerspruch.)

Gewiß! Sie dort drüben sträuben sich ja gegen eine Einheitlichkeit der Schule um deswillen, damit die Kinder der Wohlhabenden nicht mit den Kindern der Armen auf einer Schulbank sitzen sollen.

(Widerspruch.)

Wenn diese aber einträte, würden selbst Sie auf jener Seite geneigt sein, die Schulverhältnisse heben zu helfen, damit die Kinder ihrer Classe in dieser einheitlichen Schule tüchtig und ordentlich gelehrt werden, besser, als heute in den niederen Schulen die armen Kinder. Ich bin überzeugt, Sie würden selbst den Anstoß dazu geben, daß diese einheitliche Schule dann gehoben werde. Sie würden wünschen, daß alle Kinder eine tüchtige Erziehung erhalten, und das Gleiche wünschen auch die Armen, die nicht im Stande sind, einen höheren Betrag von Schulgeld zu diesem Zwecke für den Besuch höherer Schulen zu zahlen. Ich betone nochmals, von diesen Ansichten ausgehend, wissen wir, daß in Zukunft mit der Durchführung der Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts auch eine Hebung der Schule im Allgemeinen verbunden sein wird. Wir haben nun mit unserem Antrage die Forderung gestellt, die Erhebung besonderer Schulanlagen solle fortfallen. Bereits vor zwei Jahren wies ich darauf hin, daß wir die verschiedensten Steuersysteme in den einzelnen Gemeinden haben, daß die verschiedenen Steuersysteme auch die ärmeren Bürger mehr belasten. Die besondere Erhebung von Schulanlagen ist in einzelnen Gemeinden so drückend, daß man wünschen muß, es werde hier eine Aenderung geschaffen. Wir wollen, daß in Zukunft diese Steuersysteme, welche in einzelnen Gemeinden außerordentlich rückständig sind, geändert werden, und deshalb fordern wir in unserem Antrage, daß